

Baden-Württemberg und die „Baden-Frage“

Zeittafel zur Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg

1945

8. Mai Kriegsende, bedingungslose Kapitulation Deutschlands
2. Juni Die französischen Militärbehörden richten in Karlsruhe eine Landesverwaltung für Baden ein.
5. Juni „Berliner Deklaration“: Die vier Großmächte USA, Großbritannien, Sowjetunion und Frankreich übernehmen die oberste staatliche Autorität in Deutschland, das in vier Besatzungszonen eingeteilt wird.
8. Juni In Mannheim errichtet die US-Militärregierung ein „Landeskommissariat“.
8. Juli Die Franzosen räumen Karlsruhe auf Verlangen der Amerikaner, der Sitz der französischen Militärregierung wird nach Freiburg verlegt; die Zonengrenze verläuft nun in Baden zwischen Rastatt (franz.) und Karlsruhe (amerik.).
17. Juli -
2. August Potsdamer Konferenz: Großbritannien, die Sowjetunion und die USA beschließen die Grundsätze für das Besatzungsregime in Deutschland; Frankreich ist in Potsdam nicht vertreten.
10. September In Karlsruhe wird der frühere Reichsminister Heinrich Köhler als Präsident des Landesbezirks (Nord-) Baden eingesetzt.
19. September Die US-Militärregierung bildet aus ihren Besatzungszonen in Nord-Baden und Nord-Württemberg das Land WÜRTTEMBERG-BADEN.
24. September Ministerpräsident wird Dr. Reinhold Maier/DVP aus Stuttgart, sein Stellvertreter Heinrich Köhler/CDU aus Karlsruhe.
16. Oktober Die französische Besatzungsmacht bildet in Tübingen ein „Staatssekretariat für das französisch besetzte Gebiet WÜRTTEMBERG-HOHENZOLLERN“, Hauptstadt Tübingen, Vorsitz: Carlo Schmid/SPD.
22. November 1. Konferenz der von der französischen Militärbehörde in der südbadischen 17b-Zone eingesetzten Ministerialdirektoren in Freiburg.

1946

27. Januar Kommunalwahlen in Württemberg-Baden.
30. Juni Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung in Württemberg-Baden, stärkste Partei: CDU.
6. September Rede des US-Außenministers James F. Byrnes in Stuttgart: Die USA wollen in Deutschland den wirtschaftlichen Wiederaufbau fördern und den Deutschen „zu einem ehrenvollen Platz unter den freien und friedliebenden Nationen der Welt“ verhelfen.
15. September Kommunalwahlen im französisch besetzten (Süd-) Baden.

- 24. Oktober Neue Verfassung für Württemberg-Baden.
- 17. November Wahl zur „Beratenden Landesversammlung“ in (Süd-) Baden.
- 24. November Landtagswahlen in Württemberg-Baden, Ministerpräsident bleibt Dr. Reinhold Maier/DVP.
- 3. Dezember Einrichtung eines „Staatssekretariats“ für ((Süd-) Baden, Sitz: Freiburg, Präsident: Leo Wohleb (BCSV = Badisch-Christlich-Soziale Volkspartei, später CDU).

1947

- 1. Januar Bildung der „Bi-Zone“: Die amerikanische und die britische Besatzungsmacht bilden das „Vereinigte Wirtschaftsgebiet“, um einen raschen Wiederaufbau und die Wirtschaft anzukurbeln und einen einheitlichen Lebensstandard zu sichern.
- 12. März Der US-Präsident Truman warnt in einer Kongreßrede vor der wachsenden weltweiten kommunistischen Gefahr: „Truman-Doktrin“.
- 18. Mai Landtagswahlen in den französischen Besatzungszonen (Süd-) Baden und Württemberg-Hohenzollern, zugleich Volksabstimmungen zu den Landesverfassungen. In beiden Ländern absolute Mehrheiten für die CDU.
- 22. Mai Der (süd-) badische Landtag beschließt die Verfassung Badens: „... Das badische Volk als Treuhänder der alten badischen Überlieferung...“.
- 5. Juni US-Außenminister Marshall kündigt ein umfangreiches wirtschaftliches Aufbauprogramm für Europa an, auch Deutschland soll daran teilnehmen, zunächst profitiert nur die „Doppelzone“ davon.
- 6./7. Juni In München treffen sich die Ministerpräsidenten zu einer Konferenz, die Vertreter aus der Sowjetzone verlassen ihre westdeutschen Kollegen, die Trennung ist endgültig (für über 40 Jahre).
- 24. Juli Der badische Landtag wählt Leo Wohleb zum Regierungschef mit dem Titel eines Staatspräsidenten.

1948

- 23. Februar -
- 2. Juni LONDONER KONFERENZ, Teilnehmer: USA, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg. Sie einigen sich auf die Einrichtung eines Bundesstaates in den drei westdeutschen Besatzungszonen. Die „Bi-Zone“ wird erweitert zur „Tri-Zone“ (also mit dem französischen Besatzungsgebiet).
- 12/13. Juni Parteitag der nordbadischen CDU in Bretten; Heinrich Köhler korrigiert den Kurs seiner Partei in Richtung Südweststaat.
- 20. Juni In den drei Westzonen wird die Währung reformiert: DM wird gesetzliches Zahlungsmittel, Umwechslung im Verhältnis 1:10.
- 1. Juli Die Ministerpräsidenten der drei Westzonen treffen sich in Frankfurt/M. mit den drei westlichen Militärgouverneuren Clay/USA, Robertson/GB und Koenig/F. Die Besatzungsmächte überreichen die drei „Frankfurter Dokumente“, in denen sie ihre Vorstellungen und Erwartungen bzgl. einer künftigen deutschen Verfassung formulieren.
Dokument Nr. 1: Bis zum 1. September 1948 ist eine Verfassungsgebende

- Versammlung zur Ausarbeitung einer Verfassung einzuberufen.
Besonders wichtig:
Dokument Nr. 2 mit der verbindlichen Aufforderung, zur Neugliederung der Bundesländer Vorschläge zu machen und zwar binnen acht Wochen.
- 8./9. Juli Beschluss des Stuttgarter Landtags, dass das Land Württemberg-Baden nicht mehr getrennt werden dürfe.
25. Juli Die Ministerpräsidentenkonferenz in Koblenz stellt fest, dass die Regelung der Territorialverhältnisse im deutschen Südwesten in der Kompetenz der beteiligten Länder liegt.
2. August Treffen der drei südwestdeutschen Ministerpräsidenten auf dem Hohenneuffen bei Nürtingen, Beginn der Verhandlungen über die Bildung eines „Südweststaates“.
24. August „Karlsruher Vertrag“: Entwurf eines Staatsvertrages, von dem sich aber Leo Wohleb in wesentlichen Punkten distanziert.
1. September Konstituierende Sitzung des „Parlamentarischen Rates“ in Bonn: 65 Abgeordnete erarbeiten das Grundgesetz der geplanten Bundesrepublik, darunter:
- Friedrich Maier/SPD und Anton Hilbert/CDU für (Süd-) Baden
 - Dr. Fritz Eberhard/SPD, Gustav Zimmermann/SPD, Theophil Kaufmann/CDU, Adolf Kühn/CDU und Dr. Theodor Heuß/DVP für Württemberg-Baden
 - Carlo Schmid/SPD und Paul Binder/CDU für Württemberg-Hohenzollern (insgesamt 9 Abgeordnete).
16. September Konferenz der südwestdeutschen Regierungschefs in Bühl/Baden.
28. September Konferenz der südwestdeutschen Regierungschefs in Bebenhausen.

1949

8. Mai Das „Grundgesetz für die Bundesrepublik“ wird vom parlamentarischen Rat mit 53 Stimmen und 12 Gegenstimmen angenommen. Als erster Landes-Chef unterzeichnet Leo Wohleb für Baden, das von der alphabetischen Reihenfolge profitiert, als letzte unterzeichnen Dr. Reinhold Maier für Württemberg-Baden und Dr. Gebhard Müller für Württemberg-Hohenzollern.
12. Mai Die drei westlichen Militärgouverneure genehmigen das Grundgesetz, die Bestimmungen des Besatzungsstatus gelten freilich weiter.
23. Mai Das „Grundgesetz“ der Bundesrepublik Deutschland wird feierlich verkündigt. Darin enthalten: Art. 118 = Regelungskompetenz für die Länderneugliederung auf Bundesebene, falls sich die drei südwestdeutschen Länder nicht einigen können: „Die Neugliederung in dem die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern umfassenden Gebiet kann abweichend von den Vorschriften des Art. 29 durch Vereinbarung der beteiligten Länder erfolgen. Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so wird die Neugliederung durch Bundesgesetz geregelt, das eine Volksbefragung vorsehen muß“.
14. August Wahlen zum 1. Deutschen Bundestag, der neugewählte Bundestag tritt am 7. September zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen und wählt Konrad Adenauer (CDU) zum ersten Bundeskanzler (15.9.)
12. September Wahl von Theodor Heuß (FDP) zum Bundespräsidenten
7. Oktober Gründung der „Deutschen Demokratischen Republik“ (DDR) in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ)

22. Oktober Tagung der CDU-Vorstände der südwestdeutschen Länder in Freudenstadt; „Freudenstädter Beschlüsse“: Durchzählung bei einer Volksabstimmung nach den beiden alten Ländern Baden und Württemberg

1950

15. April Dr. Reinhold Maier (Württemberg-Baden), Dr. Gebhard Müller (Württemberg-Hohenzollern) und Leo Wohleb (Baden) vereinbaren in Freudenstadt, eine „informativische Volksbefragung“ durchzuführen.
24. September Probeabstimmung in den drei südwestdeutschen Ländern Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern über eine Neugliederung, gedacht als „Informationsabstimmung“:
- 70% bejahen einen Zusammenschluss zu einem Südweststaat In Baden (Nord und Süd) wünschen 51,1% die Wiederherstellung der alten Länder Baden und Württemberg, z. B. Karlsruhe 71,4%, Landkreis Bühl 90,3%, Rastatt 84,6% und Freiburg-Stadt 51,1%; dagegen sind z. B. Mannheim 63%, Heidelberg 67% und Pforzheim 92,3% für den Südweststaat.
- In Gesamtbaden: Mehrheit von 17 000 Stimmen für die Wiederherstellung der alten Länder.
12. Oktober Konferenz der südwestdeutschen Regierungschefs in Wildbad.
7. November Treffen der südwestdeutschen Regierungschefs in Baden-Baden. 19. November 2. Landtagswahl in Württemberg-Baden: Regierung von SPD und FDP/DVP unter Reinhold Maier.

1951

10. Januar Der Bundestag befasst sich erstmals mit der Südweststaatsfrage.
15. März Der Bundestag beschließt per Gesetz die Verlängerung der Wahlperiode der Landtage von Württemberg-Hohenzollern und Baden (= 1. Neugliederungsgesetz, in Baden auch als „Blitzgesetz“ kritisiert).
25. April Das 2. Neugliederungsgesetz legt die Einzelheiten einer Volksabstimmung über den „Südweststaat“ fest: Es werden 4 Abstimmungsbezirke gebildet, die Mehrheit in 3 der 4 Bezirke soll entscheiden; als Termin wird der 16. September bestimmt.
4. Mai Die beiden Neugliederungsgesetze treten in Kraft.
25. Mai Klage der Freiburger Regierung gegen die Neugliederungsgesetze des Bundes beim Bundesverfassungsgericht.
9. September Einstweilige Anordnung des Bundesverfassungsgerichts, dass die Volksabstimmung „bis auf weiteres“ verschoben werden muß.
23. Oktober Der Gesetzesantrag der Regierung Wohleb im Bundestag, die Neugliederung auszusetzen, wird mit 192 gegen 120 Stimmen abgelehnt; somit ist durch Gesetz beschlossen, der Südweststaat sei zu gründen, wenn jeweils eine Mehrheit der Wähler in drei der vier Abstimmungsbezirke dafür stimmte. Das Bundesverfassungsgericht erkennt gleichzeitig das „Blitzgesetz“ vom 15. März für verfassungswidrig. Die Verfassungsbeschwerde gegen das 2. Neugliederungsgesetz wird dagegen mit sechs gegen sechs Richterstimmen

abgewiesen. Die Volksabstimmung soll bis spätestens 16. Dezember durchgeführt werden.

9. Dezember Volksabstimmung über die Bildung eines gemeinsamen Südweststaates. In (Süd-) Baden stimmen 37,8% für einen Südweststaat gegen 62,2%, die eine Wiederherstellung des Landes Baden wollen; in (Nord-) Baden stimmen 57% für das neue Bundesland, 43% für das alte Land Baden. Zusammengerechnet sind also 52,2% der Badener für die Wiederherstellung des Landes Baden und 47,8% für die Gründung eines gemeinsamen Südweststaates. Die beiden württembergischen Abstimmungsgebiete sind deutlich für den Zusammenschluss: (Nord-) Württemberg 93,5%, (Süd-) Württemberg 91,4%.
- Im Gesamtgebiet stimmt so eine Mehrheit von 69,7% für den Südweststaat. Aufgrund des Neugliederungsgesetzes, dass eine Mehrheit in drei von vier Abstimmungsbezirken für die Gründung ausreicht, setzen sich die Südweststaat-Befürworter durch. Dies wird von den „Alt-Badenern“ als undemokratische „feindliche Übernahme“ verstanden. Leo Wohleb erklärt: „Jetzt geht's erst recht los!“
14. Dezember Wohleb fordert vom Bundestag die Aussetzung des Vollzugs des 2. Neugliederungsgesetzes bis zur Durchführung der Neugliederung des gesamten Bundesgebietes nach Art. 29 GG.

1952

16. Januar Der Bundestag lehnt die Aussetzung des Länderzusammenschlusses im Südwesten ab.
9. März Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung von Baden-Württemberg: CDU 50, SPD 38, FDP/DVP 23, EHE 6, KPD 4 Sitze.
23. März Die Verfassungsgebende Landesversammlung konstituiert sich in Stuttgart.
2. April Bildung eines Verfassungsausschusses im Landtag.
25. April Gründung des Landes Baden-Württemberg: Dr. Reinhold Maier wird (mit 64 von 120 Stimmen) zum 1. Ministerpräsidenten des neuen Bundeslandes gewählt, bildet eine Regierung aus FDP/DVP, SPD und EHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten); die CDU bleibt „draußen vor der Tür“. Landtagspräsident wird der Heidelberger Oberbürgermeister Dr. Carl Neinhaus/CDU.
15. Mai „Überleitungsgesetz“ zur Ausübung der Staatsgewalt im neuen Bundesland.
17. Mai Durch Landtagsbeschluss werden die bisherigen Landtage von Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern aufgehoben.
19. Mai „Abschiedsbotschaft“ der (süd-) badischen Landesregierung Wohleb an das „Badische Volk“ (Südwestfunk).
27. Mai Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier/FDP.
15. Oktober Gründung „Heimatbund Badenerland“ (nicht identisch mit der „Badischen Heimat“): Wohleb spricht von einer „Vergewaltigung des Volkswillens“, vom „morbus badensis“; Baden sei „Opfer einer Verfassungsverletzung“.

1953

2. Juli In einem Gespräch zwischen Dr. Alex Möller/SPD und Dr. Gebhard Müller/CDU werden die Weichen für eine große Koalition gestellt.
6. September Bundestagswahlen, schwere Verluste für FDP/DVP, Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier erklärt seinen Rücktritt.
7. Oktober Dr. Gebhard Müller/CDU wird Ministerpräsident.
11. November Verabschiedung der Verfassung für Baden-Württemberg, die am 19. November in Kraft tritt.

1954

17. Mai Leo Wohleb spricht bei einer Veranstaltung in Freiburg über die Rechtskränkung Badens als „badischer Krankheit“ (morbus badensis).

1955

12. März Leo Wohleb, Staatspräsident a. D., stirbt in Frankfurt/Main; Staatsbegräbnis am 16. März in Freiburg.

1956

24. Januar Ablehnung des Antrags von „Heimatbund Badenerland“ auf Zulassung eines Volksbegehrens im Gebiet des ehemaligen Landes Baden durch das Bundesverfassungsgericht.
30. Mai Positive Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts: In Baden wird ein Volksbegehren, „mit dem die Wiederherstellung des alten Landes Baden als selbständiges Bundesland begehrt wird“, angeordnet. Denn: „Bei der Abstimmung am 9. Dezember 1951 haben... ‚zwei Bevölkerungen‘, die badische und die württembergische, in der Weise gemeinsam abgestimmt, daß die zahlenmäßig stärkere die zahlenmäßig schwächere majorisieren konnte. Es war also eine Abstimmung, in der die badische Bevölkerung gerade nicht selbst bestimmen konnte, in welchem staatlichen Verbände sie künftig leben will; mit anderen Worten, sie lebt noch immer in einem Gebiet, das ‚ohne Volksabstimmung‘ seine Landeszugehörigkeit geändert hat.“ In Nordbaden trugen sich 8,7%, in Südbaden 22,1% der Wahlberechtigten in die Listen ein.

1958

17. Dezember Dr. Kurt Kiesinger/CDU wird Ministerpräsident.

1966

16. Dezember Dr. Hans Filbinger/CDU wird Ministerpräsident.

1970

30. Januar Der Bundestag verabschiedet das Durchführungsgesetz über den 1956 vom Bundesverfassungsgericht geforderten Volksentscheid in Baden.
7. Juni Das „Volksbegehren“ wird durchgeführt, erbringt ein eindeutiges Votum der Badener und Badenerinnen: 81,9% votieren für den Verbleib im neuen Bundesland Baden-Württemberg. Gibt es keine Baden-Frage mehr?
18. Dezember Der Landtag beschließt, die ungedeckten Kosten des Abstimmungskampfes des „Heimatbundes Badenerland“ (350 000 DM) zu übernehmen.

1972

Juli Der „Heimatbund Badenerland“ wird aufgelöst.

*Adolf Schmid, Oberstudiendirektor i. R.,
Landesvorsitzender der „Badischen Heimat“
Hansjakobstr. 12
79117 Freiburg*